

Perspektiven der Biomassenutzung in der Ukraine – Zeit für Investitionen?

Die energiepolitische Diskussion in der Ukraine ist geprägt von der Suche nach Möglichkeiten, die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern. Klimaschutz wird zwar auch häufig genannt, spielt aber noch nicht die Rolle wie in der EU. Vor diesem Hintergrund kann die Nutzung von Biomasse in Zukunft an Bedeutung gewinnen; allerdings wird dies wahrscheinlich langsamer erfolgen als viele Beobachter hoffen. Trotz hektischer Verabschiedung von diversen Gesetzen zu "Grünen Tarifen", Steuererleichterungen und Investitionsfördermaßnahmen ist eine kohärente Strategie zur Biomassenutzung noch nicht zu erkennen. Ausländische und ukrainische Investoren reagieren auf diese Situation mit einer Vielzahl von Fragen, auf welche die ukrainische Regierung bislang – trotz zahlreicher Ankündigungen – noch nicht in ausreichendem Umfang überzeugende Antworten gefunden hat. Eine Förderstrategie sollte sich grundsätzlich an der EU orientieren, aber aufgrund der gegenwärtigen finanziellen Engpässe auch mit Augenmaß für das Machbare entwickelt werden.

Zur Bedeutung von Biomasse in der Ukraine

Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der Ukraine beträgt 3,5%. Hiervon entfällt etwa die Hälfte auf in Wasserkraftwerken erzeugte elektrische Energie und die andere Hälfte auf energetische Biomassenutzung. Im ländlichen Raum ist vor allem die Holznutzung von Bedeutung. Damit ist die Ukraine im europäischen Vergleich schlußlicht in der Nutzung von Biomasse.

Allerdings produziert und exportiert die Ukraine Rohstoffe für die Erzeugung von Biotreibstoffen in anderen Teilen der Welt. In der Saison 2008/09 wurden zum Beispiel 2,6 Mio. t Rapssaat exportiert, davon 88% in die EU. In der Saison 2009/10 wird aufgrund schlechterer Ernteergebnisse nur ein Exportvolumen von 1,6 Mio. t erwartet.

Geringe inländische Produktion von Biokraftstoffen der ersten Generation

Die inländische Produktion von Biodiesel ist bisher trotz zahlreicher Anläufe noch nicht aus den Kinderschuhen herausgewachsen. Zu groß ist der Einfluß der Rohölpreise auf die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung.

Auch die Erzeugung von Ethanol zur Verwendung als Kraftstoff kommt nicht richtig voran. Zwar verfügt

die Ukraine über hohe Kapazitäten zur Produktion von Ethanol, aber diese Kapazitäten sind erstens noch fast vollständig in staatlicher Hand und deshalb relativ ineffizient. Zweitens ist die Produktion von Ethanol auf der Basis von Zuckerrüben oder Getreide zur Zeit ebenfalls nicht wirtschaftlich. Der Export von Ethanol in die EU verbietet sich aufgrund der hohen EU-Importzölle. Im Gegensatz zu Biodiesel, das als Industrieprodukt theoretisch fast zollfrei in die EU eingeführt werden könnte, ist Ethanol im Zollrecht als Nahrungsmittel klassifiziert, und liegt damit bei den Zollsätzen grundsätzlich in vielen Ländern höher. Dies gilt in besonderem Maße für die EU, in der die Agrarlobby traditionell einen besonders starken Einfluß auf die Handelspolitik ausübt.

Fokus auf Bioenergie aus anderweitig schwer verwertbarer Biomasse

Aufgrund dieser Problematik bei den Biokraftstoffen der ersten Generation richtet sich das Augenmerk ukrainischer Politiker und Unternehmer verstärkt auf die Produktion von Bioenergie aus anderweitig schwer verwertbarer Biomasse: Die Energie soll also mit Rohstoffen erzeugt werden, die nicht gleichzeitig Nahrungsmittel sind und geringere Opportunitätskosten haben. Diese Rohstoffe sind weniger dem Einfluss eines zunehmend volatilen Weltmarktes für Agrarrohstoffe ausgesetzt.

Neben der klassischen Nutzung von Stroh und Holzabfällen für die Wärmegewinnung sowie der Verwertung von auf Basis kommunaler und landwirtschaftlicher Abfälle erzeugten Biogases, ermöglichen relativ neue Verfahren die Nutzung von Stroh für die Erzeugung von Treibstoffen (Biokraftstoffe der zweiten Generation). Um diese Form von Bioenergie zu fördern hat die ukrainische Regierung eine Reihe von Gesetzen erlassen, die im Wesentlichen der Förderpolitik der EU nachempfunden sind. Es handelt sich um eine Kombination von Fördermaßnahmen und Steuererleichterungen für Investoren mit sog. grünen Tarifen.

Grüne Tarife in der Ukraine

In diesem Jahr hat die Ukraine grüne Tarife für die Einspeisung von elektrischem Strom eingeführt, die an den Euro-Wechselkurs gekoppelt sind, um währungsbedingte Investitionsrisiken zu verringern.

Die Tarife übersteigen teilweise die deutschen Einspeisetarife, welche bereits starke Anreize setzen.

Grüne Tarife in der Ukraine

Art der Energie	Minimalhöhe des Tarifs (UAH pro kWh ohne MwSt)
Windanlagen mit einer Leistung bis 600 kW	0,7015
Windanlagen mit einer Leistung zwischen 600 kW und 2.000 kW	0,8184
Windanlagen mit einer Leistung über 2.000 kW	1,2277
Biomasse	1,3446
Bodensolaranlagen	5,0509
Dachsolaranlagen mit einer Leistung über 100 kW	4,8405
Dachsolaranlagen mit einer Leistung bis 100 kW	4,6300
Kleine Wasserkraftwerke (bis 10 MW)	0,8418

Quelle: Gesetz der Ukraine Nr. 1220-VI „Über Änderungen im Gesetz der Ukraine „Über die Elektroenergetik“ bezüglich der Förderung der Anwendung alternativer Energiequellen“ vom 1 April 2009; Beschluss der Nationalen Kommission für die Regulierung der Elektroenergiewirtschaft der Ukraine vom 23 Juli 2009

Die grünen Tarife für die Einspeisung von elektrischem Strom aus Biogas reichen aus (sofern Strom auch wirklich in das Netz eingespeist werden kann), um die Investitionen auch unter ukrainischen Kapitalmarktbedingungen rentabel zu gestalten. Manche Beobachter erwarten deshalb einen regelrechten Boom beim Bau von Biogasanlagen in den nächsten Jahren.

Fazit: Zeit für Investitionen?

Ob es dazu kommt, ist aber noch mit Fragezeichen versehen. Zwar existiert ein formaler Rechtsanspruch des Betreibers auf Einspeisung. Vor dem Hintergrund der Unsicherheiten des ukrainischen Rechtssystems ist es allerdings fraglich, ob es insbesondere mittelständische Firmen gelingen wird, diesen Rechtsanspruch auch praktisch durchzusetzen. Erst die Investitionspraxis wird hier zeigen, ob die Investoren die zugesicherten Subventionen auch konkret realisieren können. Es ist wohl davon auszugehen, dass sich die Regierung und die Verwaltung stillschweigend die Möglichkeit vorbehalten, die Zahl der Anlagen und damit auch die Höhe der Subventionen zu kontrollieren. Diese implizieren auch bei kleinen Anlagen schon erhebliche Summen in Millionenhöhe. Wer diese Summen aufzubringen hat, die Energiebetreiber auf Oblast-Ebene oder die Zentralregierung, wird zur Zeit heftig diskutiert. Eine Klärung ist bei der jetzigen Haushaltssituation nicht so schnell zu erwarten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass es bisher noch keine konkreten Einspeisungserlaubnisse in der Ukraine gibt.

Besser sieht es bei der Nutzung von Biomasse (z.B. Stroh und Holz zur Wärmegewinnung im ländlichen

Raum) aus, die sich auch ohne staatliche Förderung rechnet und sich mit vergleichsweise geringem bürokratischen Aufwand verwirklichen lässt. Die Nachfrage nach Heizkesseln dänischer oder deutscher Bauart ist momentan gut. Die Anzahl der Anlagen steigt deutlich an.

Längerfristig wird der Erzeugung von Bio-Erdgas (auf Erdgasqualität veredeltes Biogas) eine zunehmende Bedeutung zukommen. Hierfür sind allerdings große Anlagen und damit hohe Investitionssummen erforderlich. Eine zentrale Voraussetzung ist hierbei der ungehinderte, diskriminierungsfreie Zugang zu den Erdgasnetzen, um das Investitionsrisiko potentieller internationaler Investoren zu mindern.

Autor

Dr. Heinz Strubenhoff

Leiter des dt.-ukrainischen agrarpolitischen Dialogs, eines Förderprojekts des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
strubenhoff@ier.kiev.ua

Die Deutsche Beratergruppe

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme der Wirtschaftspolitik. Sie wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci
Robert Kirchner

Impressum

Deutsche Beratergruppe
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59
D-10627 Berlin

Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@beratergruppe-ukraine.de
www.beratergruppe-ukraine.de